

<p>Bernd Michael Uhl XXX XXX Kassel Allemagne</p>	<p style="text-align: right;"><i>Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mitglied Kuratorium des Deutschen Kinderschutzbundes, "Mut zur Menschlichkeit", ECON Verlag 1995, Vorsitzende des AK „Gleichstellung von Mann und Frau“.</i></p> <p style="text-align: right;">Renate Schmidt Bürgerbüro: Karl-Bröger-Straße 9 90459 Nürnberg</p>
---	---

Offener Brief an Renate Schmidt, Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zu Ihrem Artikel Familienpolitik für das 21. Jahrhundert und im Zusammenhang mit
 dem SPD-Leitantrag : Kinder-Familie-Zukunft

Wir freuen uns über ihre Aussage, dass Familie positive Unterstützung durch die Politik erfahren muss. Wir teilen voll und ganz diese Ihre Auffassung.

Sehr aufschlussreich finden wir Ihre Aussage, dass es keinen einzigen Beleg dafür gibt, dass in den letzten 25 Jahren höhere materielle Leistungen auch zu höheren Geburtenraten führen. „Es gibt sowohl EU-Länder mit deutlich höheren, als auch deutlich niedrigeren Leistungen für Familien, die unabhängig davon alle höhere Geburtenraten haben.“ Merkwürdig erscheint dann doch, dass Sie den Rückschluß auf Kultur und Mentalität in Bezug auf den Stellenwert einer Familie und aller einzelnen Familienmitglieder ausgrenzen.

Eindeutig sehr einseitig ist, dass es zum Gründen einer Familie nur einer Frau bedarf. Somit müsse man nur die Situation der Frau verbessern, um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden und Schwups, schon sind wir das kinderreichste Land der Erde! Also wir haben da schon mal aufgepasst, mal was von Bienen, mal was vom Klapperstorch gehört. Aber letztendlich haben wir gelernt, dass es zum Kinderkriegen Frau und Mann bedarf. In unserer Gesellschaft bedeuten für gottesanbeterisierte Männchen die Rahmenbedingungen zur Familiengründung das Eingehen eines fatalen Risikos. Besonders wenn das gekriegte Kind zur Wunderwaffe im Vernichtungskrieg der Trennung wird. Kann dies nicht einer der Gründe sein, dass trotz sinkender Geburtenrate auch die gesellschaftsvermehrnde Samenspende herabgesetzt wird?

Für uns ist „Familie“ nicht nur ein Randthema sondern ein Kernthema für die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft. „Deutschland hinkt den Familienpolitiken in den meisten EU-Staaten um mindestens 15 bis 20 Jahre nach.“ lassen Sie in ihrem Artikel verlauten. Deutschland ist im Familienrecht, Schlusslicht in Europa, sagt Prof. Jayme, Heidelberg. Gleichzeitig erkennen Sie die steigende Anzahl von Ein-Eltern-Familien und Patchworkfamilien. Erkennen Sie auch die steigende Unmenschlichkeit und Problematik der deutschen Familienrechtspraxis und -mentalität?

„Es geht auch menschlich,“ sagt uns Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einem breiten Lächeln auf dem Plakat im SPD-Bürgerbüro in Wilhelmshaven. Daher stellt sich für uns die Frage, warum Sie in ihrem Ansatz und Leitantrag für die Familie, die Menschlichkeit hübsch unter den roten sozialdemokratischen Teppich kehren?

Nach einem internationalen Hungerstreik von Eltern und Großeltern in Berlin für das Recht des Kindes auf beide Eltern und beide Großelternpaare, setzen wir uns seit Wochen in Wilhelmshaven in der Art und Weise wie Doris Schröder-Köpf ein: Mit vollem Einsatz, ohne offizielles Mandat und mit großem Engagement für Deutschland.

Die Verurteilung Deutschlands in familienrechtlichen Verfahren durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit der Elsholz-Entscheidung vom Juli 2000 ist eine deutliche rote Karte. Besuchsrecht ist Menschenrecht! Merkwürdig nur, dass keine familienpolitische Teamsitzung stattfand. Die Missetäter sind nicht des Feldes verwiesen worden. Keine Richtlinien- und

Strategieänderung zielt auf eine Verbesserung der Situation ab. Es ist schon lange her, dass wir Weltmeister geworden sind.

Als generelles gesellschaftliches Phänomen ist zu beobachten, dass bei steigendem Materialismus und Egoismus auch die Unmenschlichkeit und die Kinderfeindlichkeit zunimmt. Gleich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft können wir das Phänomen kinderreicherer Ausländerfamilien beobachten. Öffnet man sich der Kultur und Mentalität unserer Mitbürger, meistens der Gruppe der Niedrigeinkommen zugehörig, begegnet man einer anderen Menschlichkeit, Familienorientierung und sozialer Mentalität.

„Es gibt,“ so lassen Sie verlauten „einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Erwerbsbeteiligung von Frauen.“ Es sticht Ihre Ausgrenzung gemäß der vorherrschenden deutschen Rechtspraxis ins Auge. Es ist die Ausgrenzung des zurückgebliebenen Elternteils unter Diskriminierung der Rechte des Kindes aus derer beiden Liebe und Leben. Kinder sollen einäugig aufwachsen. Offenbart sich Ihnen nicht, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Familienrecht und Geburtenrate gibt? Norwegen, aufgelistet als Nr. 1 Ihrer Hitliste, wird auch als das Land mit dem menschlichsten Familienrecht gepriesen. "Liebe" ist ein Begriff, der in der UN-Kinderrechtskonvention vorkommt. "Liebe" und "Vater" sind Begriffslücken im deutschen Grundgesetz.

Aus der Missachtung der Menschenrechtsdimension bei Familiensachen ergeben sich Völkerrechtsverletzungen bei internationalen Kindesentführungen, die Gerhard Schröder mit der Reaktion auf den Clinton-Besuch im Sommer 2000 eingestand. Alles in allem unterzeichnen wir mit Brandtschen Stempel: „Zur Arbeit für die Menschenrechte gehört das Fegen vor der eigenen Tür.“ Hieß die Adresse des Bundeskanzleramtes nicht Willy-Brandt-Straße 1? Wohnt der Geist Willy Brandts nicht in diesem Haus? Die Politik und Ihre Familienpolitik stehen in der Verantwortung.

Wir nehmen unsererseits den Auftrag des deutschen Grundgesetzes wahr und setzen uns für den Schutz der Familie ein. Wir würden uns freuen, Sie in unserer Allianz gegen den Terror, der gegen unsere Familien verübt wird, begrüßen zu können. Wir nehmen Missbrauch, Gewalt und seelische Grausamkeit gegen unsere Kinder nicht hin. Wir sind für eine gesunde Keimzelle des Staates. Lassen Sie uns gemeinsam ein Heilmittel finden und mit folgenden Zutaten beginnen:

- Ihre Stellungnahme zum Anhang „Vaterland ohne Väter- Wir kreuzigen den unheilig gewordenen Vater. Eine Dokumentation des gesellschaftlichen Grauens.“
- Einbeziehen der Problematik nationaler und internationaler elterlicher Kindesentführung sowie des Haager Abkommens in den SPD-Leitantrag und in die Familienpolitik der SPD
- Bundestagssitzung zur Wichtigkeit der Väter bei der Erziehung ihrer Kinder und zur Väterrolle in unserer Gesellschaft in Anlehnung an das Vorbild unseres großen Bruders (siehe Resolution des US-Repräsentantenhauses H. RES 417, 9. Juni 1998)

Mit freundlichen Grüßen
Hochachtungsvoll

Bernd Michael Uhl
Daddy of Josa

Michael Hickman
Daddy of John-Michael and Sebastian

Wilhelmshaven, 09.10.2001



BAYERISCHER LANDTAG
RENATE SCHMIDT

Renate Schmidt · Maximilianeum · 81627 München

Herrn
Bernd Michael Uhl
Michael Hickmann
[REDACTED]
[REDACTED] Kassel

Maximilianeum
81627 München
Telefon (089) 4126-28 00
Telefax (089) 4126-18 00

Bürgerbüro:
Karl-Bröger-Straße 9
90459 Nürnberg
Telefon (0911) 438 96 16
Telefax (0911) 439 96 10
E-Mail: spdabg@t-online.de

2. November 01

Sehr geehrte Herren,

herzlichen Dank für Ihren Brief, ich stimme Ihnen in soweit zu, das sich das gemeinsame Sorgerecht bei Scheidungen offensichtlich noch bei viel zu wenigen Familienrichtern herumgesprochen hat.

Ich stimme Ihnen auch zu, das Kinder Kontakt zu beiden Elternteilen brauchen. Vieles dazu können Sie in meinem im Frühjahr erscheinenden Buch :SOS Familie (rowohlt-Verlag) nachlesen.

Bedenken Sie aber bitte auch, dass sich die größere Zahl der Scheidungsväter leider um ihre Kinder weder kümmern noch Unterhalt zahlen.

Leider gibt es aber auch viel zu viele Mütter, die ihre Kinder zum Ausleben ihrer Rachegefühle benutzen.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Schmidt
Renate Schmidt

<p>Bernd Michael Uhl XXX XXX Kassel Allemagne</p> <p><u>Kassel, den 8.11.2001 per Fax</u></p>	<p style="text-align: right;"><i>Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mitglied Kuratorium des Deutschen Kinderschutzbundes, "Mut zur Menschlichkeit", ECON Verlag 1995, Vorsitzende des AK „Gleichstellung von Mann und Frau“.</i></p> <p style="text-align: right;">Renate Schmidt Bürgerbüro: Karl-Bröger-Straße 9 90459 Nürnberg Fax : 0911-4399610</p>
---	---

Antwort an Renate Schmidt, Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Wir freuen uns auf Ihre sozialdemokratische Wunderwaffe zur Rettung der gesunden Keimzelle
 des Staates und wünschen « Kindern-Familie-Zukunft » eine Gute Nacht**

Sehr geehrte Frau Renate Schmidt,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 02.11.2001 auf unseren offenen Brief vom 09.10.2001.

Weihnachten rückt schon unversehens nahe. Und viele Kinder haben Schwierigkeiten, ihre leiblichen Eltern und Großeltern zu sehen oder bekommen erst gar keinen Kontakt beschert. Umgekehrt natürlich auch. Deswegen möchte ich Ihnen heute erneut ein paar warme Worte ans Herz und in die Wiege einer neu zu gebärenden sozialdemokratischen Familienpolitik legen.

„Es geht auch menschlich,“ sagt uns Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einem breiten Lächeln. Vom Mut zur Menschlichkeit sprechen Sie selbst als zweite Vorsitzende. Daher bitte ich Sie Anschreiben auch ordnungsgemäß von Mensch zu Mensch und nicht mit politisch opportunen Allgemeinplätzen zu beantworten, selbst wenn Sie meinen ich sei nur ein Vater.

Was national schon ein Skandal hoch zehn ist, wird im internationalen Kontext von binationalen Beziehungen ein Skandal hoch vierundzwanzig.

Schön, dass da der Weihnachtsmann so rot wie die Sozialdemokratie ist. Der rote Weihnachtsmann so wie wir ihn kennen und lieben ist ja auch kommerziell ganz groß durch Coca-Cola gemacht worden. *„...the company's Santa Claus has become universally accepted as the image and concept of the patron saint for Christmas (Coca-Cola-Company).“*

Schön und befremdend zugleich, wie Sie Eigenwerbung betreiben. Machen wir ja eigentlich auch, aber im Sinne der Sache. Ihrerseits scheint die Sache im Vertrieb Ihres selbst angepriesenen Buches zu bestehen. Sollte Ihr sozialdemokratisches Interesse an Familie einzig und allein darin bestehen, ihr Werk „SOS Familie“ kommerziell an den Mann zu bringen, so denke ich, ist schrillstes SOS und allerhöchste Alarmstufe Rot angesagt.

Altbekannt und befremdend, wie Sie als geprüfte Gleichstellungsvorsitzende die gängige Rechnung aufstellen und dabei natürlich geflissentlich übersehen, dass wir aus geschlechterdiskriminierender unidirektionaler Stereotypisierung schon seit langem keinen Fortschritt mehr erreichen. Daraus ergibt sich natürlich die Fragestellung, ob sozialdemokratische Familienpolitik auf Fortschritt ausgerichtet ist und wenn in welchem und in wessen Sinn? Ich gehe schon heute davon aus, dass Sie wie auch zuvor geschickt ausweichen und möglicherweise wiederholt aus der Politik der Mitte eine Politik der unteren Mittelmäßigkeit versuchen. Polittechnisch gesehen ist das vielleicht ganz professionell. Aber, ob dies der Sache dient? Sie können mich ja durchaus eines Besseren belehren. Hilfestellung dazu möchte ich Ihnen heute gerne geben.

Aber genug der kurzen Abschweife. Also wollen wir mal den Vaterteufel auf Renatschmidtsche Tour unverhohlen sozialdemokratisch am Schwanz packen. Kommen wir zu Ihrer gleichstellungsvorsitzenden, sozialdemokratisch-fraulichen Aufstellung der Sachlage:
 Bedenken sollen wir, dass sich die größere Zahl der Scheidungsväter weder um Ihre Kinder kümmern noch Unterhalt zahlen.

„So was gemeines macht der Vater,“ meint Renate Schmidt. Ihm droht die zwangsvollstreckte Rute.
 Leider gebe es auch zu viel Mütter, die ihre Kinder zum Ausleben ihrer Rachegefühle benutzen.

„So was tolles macht die Mutter,“ meint Renate Schmidt. Sie muss reichlich belohnt werden.
 Fazit frei nach Renate Schmidt:

1. Den Kindern soll doch der Vater gestohlen bleiben. Denn verdient haben die Kinder ihren Vater ja nicht. Und der Vater hat die Kinder schon ganz und gar nicht verdient. Samlich gespendet hat er sie zwar, aber er zahlt ja noch nicht mal Unterhalt. Also im guten alten sozialdemokratischen Sinne zwangsvollstrecken wir mal. Vor Gericht kann er ja gehen, der Lump und soll er auch. Macht er ja so und so, wenn er sich den Umgang, der natürlich weder sein noch des Kindes Recht ist, zu erstreiten sucht. Und mag es irgendwann einen Beschluss geben, durchführbar soll er so und so nicht sein. Vor Gericht kann er ja gehen, der Lump...
2. Gestohlen von der Mutter sollen die Kinder doch sein. Natürlich sind Sie Objekt ihrer Begierde und uneingeschränkter Besitz. Vor Gericht geht sie gerne, die Gute. Macht sie ja und so; will sich ja ihre Wohltaten legalisieren und belohnen lassen. Recht hat sie ja und bekommt sie ja so und so, egal was sie macht, egal was so ein Beschlüsschen verlautbaren mag. Vor Gericht geht sie gerne, die Gute...

Na, bei Ihrer Schmidtschen Rechnung wird doch schnell klar, wer den meisten Spaß im Leben hat. Wer ein Interesse an den Kindern hat, um sie für sich selbst zu benutzen, und wer sich sein Interesse an den Kindern doch lieber verkneift, will er sich selbst nicht zu Grunde richten. Vielleicht ist diese Lebensspaßgruppe ja auch zufällig konform mit ihrer größten Wählergruppe. Sind sie eigentlich dafür, dass auch Kinder wählen sollten?

Dreh- und Angelpunkt sind die Kinder, dass haben Sie schon richtig erkannt. Ausgehend vom Zünglein an der Waage legen Sie aber Ihr Gleichstellungsvorsitzgewicht vorzüglich auf eine Seite. Der Balanceakt gelingt jedoch, wenn Sie der seelischen Grausamkeit an missbrauchtem Kind und zurückgebliebenen Elternteil den Garaus machen. Wie wär's, wenn Sie endlich konsequente Sanktionen und Zwangsvollstreckung gegen Umgangsbehinderung und Umgangsboykott propagieren anstatt zu diffamieren, polarisieren, polemisieren usw. Oder unterliegen Sie da etwa geschlechterspezifischen Zwängen, die sich in Ungleichstellung fröhnen.

Also sagen muss man schon, ihre Art der Kompetenzverweisung ist sozialdemokratypisch : *BRAVO!* Die Familienrichter sind also die Wurzel des Übels : *BRAVO!* Aber unabhängig sind sie ja, diese Belzebuben. *BRAVO!* Merkwürdig nur, dass Willutzki in der Einladung zum 14. Deutschen Familiengerichtstag in Brühl förmlich um Anregung bettelt, damit das Bundesministerium der Justiz neue Richtlinien und Gesetze für die deutsche Familiengerichtsbarkeit erstellt : *HÄH?* Der sozialdemokratischen deutschen Regierung untersteht dieses Bundesministerium der Justiz, das macht, was sozialdemokratische Familienpolitik zu machen gedenkt : *AHA!* Macht ja auch nix, dass die bisherigen Verfahrensweisen zu Völkerrechtsverletzungen und Menschenrechtsverletzungen im Kontext von „Haager Übereinkommen über zivilrechtliche Aspekte internationaler Kindesentführung“ und „Europäischer Konvention zum Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte“ führen. Dass Sie dies selbst auf einem Parteitag im guten alten Nürnberg nicht ernstnehmen, ist schon bezeichnend und um so mehr erschreckend. Auch Ihre Antwort vom 02.11.2001, in der sie diese Verletzungen aus sozialdemokratischer Perspektive als Nichtigkeiten ignorieren, läuft nach typischem Muster ab.

Bei den Schelmen von Familienrichtern hat sich das, was Sie für gut heißen noch nicht herumgesprochen. Nämlich das „gemeinsame Sorgerecht“. So schreiben Sie mir in Ihrem netten Brief vom 02.11.2001. Ja, wer sagt's den Törichten denn nun, wenn nicht Sie als regierende Partei. Also in ihrem Leitantrag der SPD zu „Kinder-Familie-Zukunft“ kann ich da nicht die geringste Spur einer Einflüsterung erkennen. Und ich fordere von Ihnen ein lautes Auftreten. Hält sich so ein Schelm nicht an Recht und Gesetz, dann muss er „mit der vollen Härte des Gesetzes“ rechnen, wie uns Gerhard, Ihr führender Kompagnon, das so schön sagt. Ist das nicht konsequent? Nehmen Sie sich eigentlich selbst beim Wort?

Ihre Rechnung stolpert über die Realität. Und das wissen Sie. Denn wenn die Zeche gezahlt wird, gilt weiterhin : Kind, Kegel und zurückgebliebene Eltern- und Großelternteile sind der Willkür des umgangsboykottierenden Elternteils, des Jugendamtes und der Familiengerichte ausgeliefert. Es verstärkt sich der schale Eindruck, dass Sie nicht nur Ihr Buch sondern auch unsere Kinder an uns verkaufen wollen. Aber vielleicht spenden Sie ja konsequent den zurückgebliebenen betroffenen Eltern- und Großelternteile auf Anfrage handsignierte Freixemplare Ihres Wunderwerkes. Können wir da von Ihnen eine neujährliche Wunderwaffe für die gesunde Keimzelle des Staates erwarten ? Bekommen wir auch da Ihre Zustimmung ?

Sehr schön, wie Sie den Zusammenhang zwischen Kindesmissbrauch in Form von Umgangsbeeinträchtigung/Umgangsboykott mit der Zahlungsmoral von Unterhaltspflichtigen herausarbeiten. Sehr befremdend, dass Sie Ihre sozialdemokratische Seifenblase schon platzen lassen, bevor Sie diese überhaupt erst produziert haben.

Dies wird anhand des sozialdemokratischen Schmidtschen Phänomens deutlich. Zu den sogenannten Unterhaltsflüchtigen haben Sie schon einiges an Gedanken und Maßnahmen zu Papier gebracht und der Welt kundgetan, jedoch nicht zu den Umgangsflüchtigen. Die gängige Rollenverteilung beschreiben und benennen Sie selbst. Bezeichnend ist, wenn man sich über den Hintergrund dieses Ihres Ansatzes Gedanken macht : Wollen Sie uns nicht nur Ihr Buch sondern sich selbst auch als politisch opportun verkaufen ?

Bedenken Sie aber bitte auch, dass Sie das Konzept „Geld“ immer vor dem Konzept „Kinder“ verstehen. Sie sind aufgefordert, die Mär von der heiligen Kuh und dem zu melkenden Hornochsen genauestens unter die Lupe zu nehmen. Wir wollen ja schließlich nicht nur aus dem hohlen Bauch heraus argumentieren, sondern was gesundes zweiäugiges gebären. Legen Sie bitte umgehend folgende Statistiken mit genauer Quellenangabe vor (Zeitraum 1990-2000) :

- unterhaltspflichtige Mütter
- unterhaltspflichtige Väter
- unterhaltsflüchtige Mütter - Zahlungsunwilligkeit der unterhaltspflichtigen Mütter
- unterhaltsflüchtige Väter - Zahlungsunwilligkeit der unterhaltspflichtigen Väter
- Gründe für die Zahlungsunfähigkeit unterhaltspflichtiger Mütter
- Gründe für die Zahlungsunfähigkeit unterhaltspflichtiger Väter

Ein gesunder Mutterkuchen ist gut und wichtig für eine gesunde Gesellschaft.

Kommen wir nun zu meiner angepreisenen Hilfestellung. Hiermit möchte ich Sie recht herzlich aber bestimmt auffordern, sich mit Hilfe Ihrer schriftstellerischen Ambitionen dem phantasielosen Ausfüllen von Fragebogen mit geschlossenen Fragen zum Teil im Multiple Choice-Verfahren zu widmen. Da brauchen Sie auch gar nicht erst lang herumzurühren, um beim Herumreden um den heißen Brei ganze zehn Zeilen zur Ernsthaftigkeit der vorliegenden Problematik zu produzieren. Vielen Dank für Ihr Engagement für Kinder, Familie und Zukunft. Unsere Kinder brauchen nicht nur beide Eltern. Unsere Kinder brauchen neben Ihrer rhetorischen Zustimmung auch Ihr konsequentes Handeln. Nach Ihrer Zustimmung wird nun Ihre Handlung auf allen Ebenen umgehend beantragt. Halten Sie sich bitte an die übliche Frist von zwei Wochen. Senden Sie bitte die ausgefüllten Fragebogen an die oben genannte Adresse zurück.

Hochachtungsvoll
Mit freundlichen Grüßen



Bernd Michael Uhl

Sind Sie gewillt, folgenden Anträgen der an Sie gerichteten Aufgaben stattzugeben und diese zu befördern ?
<ul style="list-style-type: none">• Einbeziehen der Problematik nationaler und internationaler elterlicher Kindesentführung und internationaler Übereinkommen zur Kindesentführung >> in den SPD-Leitantrag „Kinder-Familie-Zukunft“ <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein >> in die Familienpolitik der SPD <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein >> in eine beschlussfassende Sondersitzung des SPD-Parteivorstandes <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<ul style="list-style-type: none">• Sondersitzung des Deutschen Bundestages zu nationaler und internationaler elterlicher Kindesentführung und internationalen Übereinkommen zur Kindesentführung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<ul style="list-style-type: none">• Einbeziehen der Problematik des Vaters in Familie, Gesellschaft, Familienpolitik und Familienrecht unter Einbeziehung einer nationalen Äquivalenz zur Resolution des US-Repräsentantenhauses H. RES 417, 9. Juni 1998 >> in den SPD-Leitantrag „Kinder-Familie-Zukunft“ <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein >> in die Familienpolitik der SPD <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein >> in eine beschlussfassende Sondersitzung des SPD-Parteivorstandes <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<ul style="list-style-type: none">• Sondersitzung des Deutschen Bundestages zur Rolle des Vaters in Familie, Gesellschaft, Familienpolitik und Familienrecht unter Einbeziehung einer nationalen Äquivalenz zur Resolution des US-Repräsentantenhauses H. RES 417, 9. Juni 1998 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Sie brauchen beim Ausfüllen dieses Fragebogens weder Tod, Teufel noch Vaterland zu fürchten. Diese Erhebung ist konform mit Artikel 19 der Allgemeinen Menschenrechte: "Article 19: Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to seek, receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers" Wenn Sie also selbst Mensch sind und andere als Menschen betrachten, geht von einer freien Meinungsäußerung keine Gefahr aus, sondern steht ganz im Sinne eines demokratischen Denkens und Handelns.

ZUTREFFENDES BITTE ANKREUZEN!!!

Teilnehmerangaben

Geschlecht:

männlich

weiblich

Alter:

20-25 26-30 31-35 36-40 41-45 46-50 51-55 55-60 älter

Die soziale Realität und Bedeutung des „Vater-Seins“ in der BRD

Kind und Vater sind...

Untermenschen

Menschen

Der Vater ist ein untermenschlicher „Zeugungssatellit“. Nach seiner Pflichtveranstaltung, d. h. der „Samenspende“ wird er in der sozialen Orbit geschossen. Nach Belieben und Willkür kann der Vater auf familienrechtlichen Knopfdruck zerstört werden.

Ja

Nein

Der familienrechtliche RechtsSTAAT IM deutschen demokratischen RechtsSTAAT

**Welche Politik wird mit „Verantwortlichkeit“, „Zuständigkeit“
und „Apartheit“ betrieben?**

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus

Ja

Nein

Kind und Vater werden in der familiengerichtlichen Realität der BRD benachteiligt und diskriminiert.

Ja

Nein

Vom Volk gewählte Volksvertreter im Bundestag und der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, beides Organe mit Einfluss auf die Gesetzgebung, sind grundsätzlich nicht zuständig, wenn Menschenrechte im eigenen Land und am eigenen Volk und an anderen Völkern verletzt werden.

Ja

Nein

Wertebestimmung – Was ist mehr wert ?

Unterhalt

Umgang

Fortsetzung folgende Seite...

Fortsetzung von vorhergehender Seite...

Das Grundgesetz der BRD hat den Sinn sich selbst auszuhöhlen

Das Grundgesetz der BRD garantiert den deutschen Richtern über den Unabhängigkeitsartikel eine absolutistische Willkürherrschaft über das deutsche Volk und andere Völker.

Ja | Nein

Die Mutter besitzt das Kind, während entgegen aller völkerrechtlicher Vereinbarungen Kind und Vater keine Rechte auf- und schon gar nicht miteinander haben. Dies bedeutet, dass in diesem Falle von Menschenkinderbesitz das Eigentum nicht verpflichtet.

Ja | Nein

Der Vater hat keinen grundgesetzlich geregelten Schutz.

Ja | Nein

Väter und Kinder haben zusammen keinen grundgesetzlich geregelten Schutz.

Ja | Nein

Die deutsche Familienrechtsprechung hat das Recht, ungehindert den Angriffskrieg auf Kind und Vater zu erklären und bis zum totalen Endsieg durchzuführen.

Ja | Nein

Deutsche Familienrichter und Familienrichterrinnen sind

- grundgesetzlich gleicher als der Rest des Volkes ja nein
- unantastbar ja nein
- nicht an das Grundgesetz der BRD gebunden ja nein

Deutsche Familienrichter und Familienrichterrinnen haben das Recht bedenkenlos und willkürlich folgende Gesetze, Rechte und Übereinkommen zu verletzen:

- Das Bürgerliche Gesetzbuch der BRD ja nein
- Das Strafgesetzbuch der BRD ja nein
- Das Grundgesetz der BRD ja nein
- Europäische Konvention zum Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte ja nein
- Allgemeine Menschenrechte ja nein
- Die Internationalen Kinderrechte der Vereinten Nationen ja nein
- Das Haager Übereinkommen über zivilrechtliche Aspekte Internationaler Kindesentführung ja nein

**Wahrheit, Gerechtigkeit, Schutz des Schwächeren
und deutsche Familienrechtsprechung**

Deutsche Familienrichter haben grundgesetzlich geregelt das Recht

- zu lügen,
- d.h. mit Unwahrheiten zu arbeiten und Unwahrheiten zu verbreiten ja nein
- zu diskriminierenden Verfahrensweisen und Entscheidungen ja nein
 - zu rassistischen Verfahrensweisen und Entscheidungen ja nein

Fortsetzung folgende Seite...

Fortsetzung von vorhergehender Seite...

Wie halten Sie es mit Befehlen zum Verbrechen an der Menschlichkeit?

Erschießen Sie den Juden?

Ja | Nein

Erschießen Sie den Mauerflüchtling?

Ja | Nein

Erschießen Sie „Kind und Vater“?

Ja | Nein

Haben Sie etwas von der Diskriminierung im deutschen Familienrecht gewußt?

Ja | Nein

Sind Sie ein Mensch mit Verantwortungsbewusstsein?

Ja | Nein

Sie sind verantwortlich für den Erhalt der Demokratie?

Ja | Nein

Sie sind nicht verantwortlich für die Umsetzung und Einhaltung von Menschenrechten in der BRD?

Ja | Nein

Das ganze berührt Sie überhaupt nicht. Sie sind grundsätzlich für so etwas nicht zuständig. Verantwortung haben Sie in dieser Sache nicht.

Ja | Nein


Vielen Dank für Ihre Teilnahme.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand
Referat Familien- und Gesellschaftspolitik
Forum Familie

Herrn
Bernd Michael Uhl



 Kassel

Berlin, 14.11.2001

Sehr geehrter Herr Uhl,

Ihre diffamierenden und entstellenden Äußerungen auf die Antwort von Frau Schmidt verbieten einen weiteren Schriftwechsel.

Auf diese Art und Weise leisten Sie Ihrer Sache einen schlechten Dienst.

Hochachtungsvoll

Petra Mackroth

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Postanschrift:
10911 Berlin

Telefon (0 30) 2 59 91-0
Telefax (0 30) 2 59 91-4 10
Telegramm-Adresse:
Sopade Berlin

e-mail:
partei.vorstand@spd.de
Internet:
<http://www.spd.de>

BfG Bank AG
Berlin
BLZ 100 101 11
Konto 1000 435 800



<p>Bernd Michael Uhl XXX XXX Kassel Allemagne</p> <p><u>Kassel, den 19.11.2001 per Fax</u></p>	<p><i>Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mitglied Kuratorium des Deutschen Kinderschutzbundes, "Mut zur Menschlichkeit", ECON Verlag 1995, Vorsitzende des AK „Gleichstellung von Mann und Frau“.</i></p> <p>Renate Schmidt Bürgerbüro: Karl-Bröger-Straße 9 90459 Nürnberg Fax : 0911-4399610</p>
--	---

Antwort an Renate Schmidt, Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

"Wir wundern uns über Ihre sozialdemokratische Einstellungen und Verfahrensweisen in einem demokratischen Deutschland, das laut seiner Verfassung dem Frieden in der Welt in einem vereinten Europa dienen will"

Sehr geehrte Frau Renate Schmidt,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 02.11.2001 auf unseren offenen Brief vom 09.10.2001.

Leider habe ich keine Antwort auf mein an Sie adressiertes Schreiben vom 08.11.2001 von Ihnen persönlich bekommen, sondern von Petra Mackroth eine Antwort im Namen des Parteivorstandes der SPD insbesondere vom Referat für Familien-Gesellschaftspolitik, Forum Familie, datiert auf den 14.11.2001. Sehr befremdend ist, dass Sie selbst trotz aller sozialdemokratischen Appelle zum "Mut zur Zivilcourage" und Ihrem Buchtitel "Mut zur Menschlichkeit" nicht den Mut aufweisen, mir persönlich und ordentlich zu antworten. Eine konkrete Stellungnahme zur eingereichten Dokumentation „Vaterland ohne Väter- Wir kreuzigen den unheilig gewordenen Vater. Eine Dokumentation des gesellschaftlichen Grauens. Wir protestieren für die Familie.“ sowie eine Ausfüllung der angehängten Fragebogen blieb Ihrerseits bis dato ebenfalls aus.

Diese Art von mackrothscher Antwort könnte man, wenn *mann* Schwein wie alle Männer sein wollte, ein weiteres mal unter der Rubrik "unter aller Menschensauwürde" verbuchen.

"Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.¹ "

Ich selbst verstehe als nur untermenschlicher Vater, die von Frau Mackroth hervorgebrachte Aufregung und Empörung als eine normale menschliche Reaktion privilegierter Obermenschen, die angesichts der Tragweite und Dramatik der vorliegenden Problematik an Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsverletzungen :

- Angst haben, Verantwortung für eigens erzeugtes unmenschliches Leid zu übernehmen
- Angst haben, an auf Kosten anderer erworbenen Privilegien einbüßen zu müssen
- wütend sind, dass eigene Duldung, eigene Beförderung sowie eigenes Mitwirken an Unrecht demaskiert wurde
- verbissen sind, Kinder weiterhin für eigene Interessen zu missbrauchen
- hasserfüllt, die vorliegenden Diskriminierungen von Kind und Vater aufrechterhalten und vorantreiben
- einen Teil des Volkes vertreten während sie den anderen Teil des Volkes zertreten

Sollte ich mich in meiner Einfühlungsanalyse und -prognose irren, können Sie mich persönlich durchaus eines Besseren mittels eines ordentlichen Schriftwechsels belehren. Es tut mir sehr leid und ich bedauere außerordentlich sowie fraktionsübergreifend, wenn ich Ihnen und einigen sozialdemokratischen Verantwortlichen solches Unwohlsein durch einen demokratischen Dialog verursacht haben sollte. Jedoch sind in meinem tiefen und überzeugten Verständnis von Demokratie, Menschenrechten und Menschlichkeit explizite sowie implizite verfassungs- und menschenfeindliche Auswüchse nicht akzeptabel.

"Ihre diffamierenden und entstellenden Äußerungen auf die Antwort von Frau Schmidt verbieten einen weiteren Schriftwechsel:²"

Ist die Diffamierung der Frau Mackroth im Namen des SPD-Parteivorstandes als Propagieren im Namen des SPD-Parteivorstandes zur Verletzung des Artikel 19 der Allgemeinen Menschenrechte zu verstehen ?

¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

² Antwort von Petra Mackroth im Namen des Parteivorstandes der SPD vom 14.11.2001 als Antwort auf mein Schreiben an Renate Schmidt vom 08.11.2001

Article 19

"Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to seek, receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers"

Universal Declaration of Human Rights

Mit Erschrecken und Bangen um unsere Demokratie und unsere Verfassung erinnert mich einederatige Verfahrens- und Verhaltensweise an etwas, dass beim jähren vortausendjährigen Ende zu einem wegbereitenden Event für die Demokratie sogar in Nürnberg geführt hat.

Dieses Gebahren erinnert mich an etwas, an das man sich liebe nicht erinnern mag und ich fühle mich wie in einem schlechten Film : Mit dem makrothischen Feuerspruch übergibt der SPD-Parteivorstand meine entartete kritische appellierende Eingabe zur notwendigen Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrechten den Nürnberger Flammen. Und in der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat wird die Verfassung der BRD bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung zulässig. Wo soll das nur hinführen? Ist das wirklich der Film, den die SPD abspult ?

Sehr geehrte Frau Renate Schmidt, das Licht ist aus. Und wir befinden uns in der unbequemen Realität. Es geht hier um unsere Kinder. Es geht hier um unsere Familien. Es geht hier um unsere Zukunft. Es geht hier um "Staat machen mit Kinderliebe" statt "Staat machen mit Kinderfeindlichkeit".

Mit der SPD-parteiverständlichen Vorstellung vom 14.11.2001 überkommt mich doch angesichts der makrothisch-diktatorischen Reaktion ein starkes Zittern und Grauen.

Grauen und nacktes Entsetzen. Die Reaktion des SPD-Parteivorstandes vom 14.11.2001 erzeugt angesichts der Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen und angesichts des menschlichen Leids ausgehend von der vorliegenden Problematik eine unfassbare Fassungs- und Verfassungslosigkeit. Gesammelt und gefasst habe ich mich aber dennoch als überzeugter Schützer einer Verfassung eines demokratischen deutschen Staates. Denn :

"Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden."

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Bedenken Sie aber bitte auch, dass leider die Verleumdung und Beleidigung seitens des SPD-Parteivorstandes, ausgesprochen von FrauMackroth, in einem deutschen demokratischen Rechtsstaat strafrechtlich relevant ist. Im Juli 2001 sagt Rolf Stöckel, SPD, MdB, in einem Gespräch mit Eltern und Großeltern des Internationalen Hungerstreiks in Berlin noch vor dem Interview bei Radio France Internationale, dass Deutschland der rechtsstaatlichste Rechtsstaat aller Rechtsstaaten sei. Angesichts dieser Aussage Ihres SPD-Genossen Rolf bin ich wieder verfassungsmäßig gefasst und zuversichtlich, dass alles seinen geregelten verfassungsmäßigen Gang gehen wird. Ich beanstande :

**Ablagerung von Abfällen aller Art
untersagt !**

**Zu widerhandlungen werden als Straftat
oder als Ordnungswidrigkeit verfolgt.**

Das habe ich gerade gestern im Naturschutzgebiet gelesen. Es mag dahingestellt bleiben, ob dies für den vorliegenden Fall zutrifft. Nach wie vor bin ich jedoch um den natürlichen Schutz des Kindes und der Familie besorgt. Ich bitte Sie Frau Renate Schmidt, mich umgehend dahingehend zu benachrichtigen, ob der SPD-Parteivorstand bei der strafrechtlich relevanten makrothischen Aussage vom 14.11.2001 zu verbleiben gedenkt. Der Mensch soll ja wissen, wo er dran ist.

„Es geht auch menschlich,“ sagt uns Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einem breiten Lächeln. Vom Mut zur Menschlichkeit sprechen Sie selbst als zweite Vorsitzende. Daher bitte ich Sie, Anschreiben auch ordnungsgemäß von Mensch zu Mensch und nicht mit politisch opportunen Allgemeinplätzen zu beantworten, selbst wenn Sie und FrauMackroth meinen ich sei nur ein Vater. In bundestagspräsidentlichem demokratischen Verständnis gab Wolfgang Thierse mal etwas von sich, dass ich eigentlich für ganz passabel und vernünftig hielt :

"Democracy is our most precious good. It is our task, and at the same time our duty to preserve it. Hence we must constantly engage, with determination and self-confidence, in the arduous search for compromises and a lasting consensus. These are the very foundations of the only political order which can guarantee freedom."

Bedeutet das Verhalten von FrauMackroth im Namen des SPD-Parteivorstandes ein besonderes Verständnis von demokratischer Auseinandersetzung, das sich nur unschwer mit dem heilversprechenden Ansatz des sozialdemokratischen Genossen Thierse deckt ? Erleuchten Sie mich bitte, über Ihre und die wahre sozialdemokratische Vision.

Aus dem Vorgebrachten folgt, dass ich hiermit einParteiausschlussverfahren für PetraMackroth beantrage. Auf Grund meines Demokratie- und Menschlichkeitsverständnisses verfare ich aber nicht in der Art und Weise wie FrauMackroth im Namen des SPD-Parteivorstandes, sondern verzichte, nicht nur unter Rücksicht auf meine eigene Organbefindlichkeit, auf ein leberwurstiges Beleidigtsein. Demokratisch reagiere ich nun- sowie vielmehr mit herz- und leibhaftigem Einladungsangebot an FrauMackroth zum weiteren fruchtbaren Schriftwechseln. Ich würde mich sehr freuen, eine konkrete mackrothische Stellungnahme zur Dokumentation „Vaterland ohne Väter- Wir kreuzigen den unheilig gewordenen Vater. Eine

³ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

⁴ Wolfgang Thierse, President of the German Bundestag, <http://www.bundestag.de/btengver/e-index.htm> [07.03.2001]

Dokumentation des gesellschaftlichen Grauens. Wir protestieren für die Familie.“ und den von ihr ausgefüllten Fragebogen noch vor Weihnachten 2001 leise in meinen Briefkasten rieseln zu hören.

Desweiteren möchte ich Ihnen nahelegen, doch einmal zu überlegen, ob Sie nicht auf verständnisvolle Weise FrauMackroth einen Arbeitsplatzwechsel nahebringend darlegen sollten. Das geht doch nicht, dass sich die gute Frau auf Eingaben von Bürgern dieses Staates derart aufregt und damit womöglich noch ihrer eigenen Gesundheit, allen Beteiligten und der Sache schadet. Im gleichen Zuge überprüfen Sie bitte, ob es sich bei dem sozialdemokratischen Verhalten von FrauMackroth um sogenannte menschenverachtende Feminazismus-Tendenzen handelt.

"Auf diese Art und Weise leisten Sie Ihrer Sache einen schlechten Dienst.⁵"

Sehr schade, aber mitunter soll es wohl bezeichnend sein, finde ich die makrothsche Aussage, dass Menschenrechte, der Schutz von Kind und Familie, die Bekämpfung des Kindesmissbrauchs, die Einhaltung der Haager Konvention über zivilrechtliche Aspekte internationaler Kindesentführung einzig und allein *meine* Sache und nicht Sache des SPD-Parteivorstandes sind. Wenn ich dies richtig verstehen soll, ist der SPD-Parteivorstand grundsätzlich nicht gewillt, an dieser Sache einen guten Dienst und sogar noch weniger gewillt, an dieser Sache das Mindestmaß eines schlechten Dienstes zu leisten. Ist das korrekt ?

Überprüfen Sie bitte ebenfalls, ob der SPD-Leitantrag zu "Kinder-Familie-Zukunft" vom Parteitag in Nürnberg sogenannte Feminazismus-Tendenzen enthält. Ich freue mich über ihre offene, menschenfreundliche und demokratische Einsatzbereitschaft sowie über einen ausführlichen Bericht.

Zusätzlich möchte ich Sie bitten, mir die Fachaufsicht für Parlamentarier und deren mitarbeiterliche Wesen zu benennen, damit dienstaufsichtliche Maßnahmen eingeleitet werden können, um weiteren mangelndem volksvertreterischen Beherrschen von Demokratie- und Verfassungsgrundsätzen vorzubeugen. Es wäre schön, wenn wir es schaffen, aus dem Schlechtwetterdienst für "Kinder und Familie" eine Schönwetterfront aufzubauen. Ich möchte in dieser Allianz für "Kinder, Familie und Zukunft" gerne mithelfen und einen gesunden Beitrag für die keimzellige Staatsbasis leisten.

Zur Vereinfachung eines weiteren demokratischen Dialoges übersende ich Ihnen die Fortsetzung und Nachbesserung des am 08.11.2001 übersandten Fragebogens, den ich trotz ordnungsgemäßer Bitte bis heute von Ihnen nicht ausgefüllt zurückgesandt bekommen habe. Hiermit möchte ich Sie recht herzlich aber bestimmt auffordern, sich mit Hilfe Ihrer schriftstellerischen Ambitionen dem phantasielosen Ausfüllen von Fragebogen mit geschlossenen Fragen zum Teil im Multiple Choice-Verfahren zu widmen. Vielen Dank für Ihr Engagement für Kinder, Familie und Zukunft. Unsere Kinder brauchen nicht nur beide Eltern. Unsere Kinder brauchen neben Ihrer rhetorischen Zustimmung auch Ihr konsequentes Handeln. Nach Ihrer Zustimmung wird nun Ihre Handlung auf allen Ebenen umgehend beantragt. Halten Sie sich bitte an die übliche Frist von zwei Wochen. Senden Sie bitte die ausgefüllten Fragebogen, Ihre Stellungnahmen und Berichte an die oben genannte Adresse zurück.

Hochachtungsvoll
Mit freundlichen Grüßen
XXX
Bernd Michael Uhl

⁵ Antwort von PetraMackroth im Namen des Parteivorstandes der SPD vom 14.11.2001 als Antwort auf mein Schreiben an Renate Schmidt vom 08.11.2001

Sie brauchen beim Ausfüllen dieses Fragebogens weder Tod, Teufel noch Vaterland zu fürchten. Diese Erhebung ist konform mit Artikel 19 der Allgemeinen Menschenrechte: "Article 19: Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to seek, receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers" Wenn Sie also selbst Mensch sind und andere als Menschen betrachten, geht von einer freien Meinungsäußerung keine Gefahr aus, sondern steht ganz im Sinne eines demokratischen Denkens und Handelns.

ZUTREFFENDES BITTE ANKREUZEN!!!

Teilnehmerangaben

Geschlecht:

männlich

weiblich

Alter:

20-25 26-30 31-35 36-40 41-45 46-50 51-55 55-60 älter

Die soziale Realität und Bedeutung des „Vater-Seins“ in der BRD

Kind und Vater sind...

Untermenschen

Menschen

Der Vater ist ein untermenschlicher „Zeugungssatellit“. Nach seiner Pflichtveranstaltung, d. h. der „Samenspende“ wird er in der sozialen Orbit geschossen. Nach Belieben und Willkür kann der Vater auf familienrechtlichen Knopfdruck zerstört werden.

Ja

Nein

Der familienrechtliche RechtsSTAAT IM deutschen demokratischen RechtsSTAAT

Welche Politik wird mit „Verantwortlichkeit“, „Zuständigkeit“ und „Apartheit“ betrieben?

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus

Ja

Nein

Kind und Vater werden in der familiengerichtlichen Realität der BRD benachteiligt und diskriminiert.

Ja

Nein

Vom Volk gewählte Volksvertreter im Bundestag und der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, beides Organe mit Einfluss auf die Gesetzgebung, sind grundsätzlich nicht zuständig, wenn Menschenrechte im eigenen Land und am eigenen Volk und an anderen Völkern verletzt werden.

Ja

Nein

Wertebestimmung – Was ist mehr wert ?

Unterhalt

Umgang

Sie sind für konsequente Maßnahmen und Sanktionen gegen Unterhaltsflüchtige ?

Ja

Nein

Sie sind für konsequente Maßnahmen und Sanktionen gegen Umgangsflüchtige ?

Ja

Nein

Fortsetzung folgende Seite...

Fortsetzung von vorhergehender Seite...

Das Grundgesetz der BRD hat den Sinn sich selbst auszuhöhlen

Das Grundgesetz der BRD garantiert den deutschen Richtern über den Unabhängigkeitsartikel eine absolutistische Willkürherrschaft über das deutsche Volk und andere Völker.

Ja | Nein

Die Mutter besitzt das Kind, während entgegen aller völkerrechtlicher Vereinbarungen Kind und Vater keine Rechte auf- und schon gar nicht miteinander haben. Dies bedeutet, dass in diesem Falle von Menschenkinderbesitz das Eigentum nicht verpflichtet.

Ja | Nein

Der Vater hat keinen grundgesetzlich geregelten Schutz.

Ja | Nein

Väter und Kinder haben zusammen keinen grundgesetzlich geregelten Schutz.

Ja | Nein

Die deutsche Familienrechtsprechung hat das Recht, ungehindert den Angriffskrieg auf Kind und Vater zu erklären und bis zum totalen Endsieg durchzuführen.

Ja | Nein

Deutsche Familienrichter und Familienrichterrinnen sind

- grundgesetzlich gleicher als der Rest des Volkes ja nein
- unantastbar ja nein
- nicht an das Grundgesetz der BRD gebunden ja nein

Deutsche Familienrichter und Familienrichterrinnen haben das Recht bedenkenlos und willkürlich folgende Gesetze, Rechte und Übereinkommen zu verletzen:

- Das Bürgerliche Gesetzbuch der BRD ja nein
- Das Strafgesetzbuch der BRD ja nein
- Das Grundgesetz der BRD ja nein
- Europäische Konvention zum Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte ja nein
- Allgemeine Menschenrechte ja nein
- Die Internationalen Kinderrechte der Vereinten Nationen ja nein
- Das Haager Übereinkommen über zivilrechtliche Aspekte Internationaler Kindesentführung ja nein

**Wahrheit, Gerechtigkeit, Schutz des Schwächeren
und deutsche Familienrechtsprechung**

Deutsche Familienrichter haben grundgesetzlich geregelt das Recht

- zu lügen,
- d.h. mit Unwahrheiten zu arbeiten und Unwahrheiten zu verbreiten ja nein
- zu diskriminierenden Verfahrensweisen und Entscheidungen ja nein
 - zu rassistischen Verfahrensweisen und Entscheidungen ja nein

Fortsetzung folgende Seite...

Fortsetzung von vorhergehender Seite...

Wie halten Sie es mit Befehlen zum Verbrechen an der Menschlichkeit?

Erschießen Sie den Juden?

Ja | Nein

Erschießen Sie den Mauerflüchtling?

Ja | Nein

Erschießen Sie „Kind und Vater“?

Ja | Nein

Haben Sie etwas von der Diskriminierung im deutschen Familienrecht gewußt?

Ja | Nein

Sind Sie ein Mensch mit Verantwortungsbewusstsein?

Ja | Nein

Sie sind verantwortlich für den Erhalt der Demokratie?

Ja | Nein

Sie sind nicht verantwortlich für die Umsetzung und Einhaltung von Menschenrechten in der BRD?

Ja | Nein

Das ganze berührt Sie überhaupt nicht. Sie sind grundsätzlich für so etwas nicht zuständig. Verantwortung haben Sie in dieser Sache nicht.

Ja | Nein

Vielen Dank für Ihre Teilnahme.